

Zu I. Ausgangslage

In der Ausgangslage steht die Frage „Wie können wir das Auskommen einer rapide wachsenden Weltbevölkerung sichern und gleichzeitig unsere Lebensgrundlagen dauerhaft bewahren?“ Diese Frage wird im Weiteren nicht beantwortet. Hierzu habe ich drei grundsätzliche Anregungen:

1. Nachhaltiges Wirtschaften wird belohnt

Augenblicklich sind nachhaltige Produkte i.d.R. teurer als nicht oder weniger nachhaltige Produkte, da bei deren Erzeugung höhere Umwelt-, Sozial- und Eine-Welt-Standards berücksichtigt wurden, deren Kosten in die nachhaltigen Produkte eingeflossen sind. Unsere Strategie orientiert sich daran, die Regeln unseres Wirtschaftssystems so zu ändern, dass nachhaltige Produkte preiswerter werden als nicht nachhaltige Produkte. Dies ist eine zentrale wesentliche Lenkungswirkung zur Stärkung der Nachhaltigkeit. Ein Ansatz dazu bietet beispielsweise die Gemeinwohlökonomie, siehe <https://www.ecogood.org>.

Auf Seite 170 wird der Rahmen näher erläutert, in dem die Bundesregierung aktiv ist bzw. werden will. Die Beispiele dort gehen in die richtige Richtung, ändern aber nicht grundsätzlich die Vorzeichen für die in der Wirtschaft aktiven Unternehmer. Hierzu bedarf es einer eindeutigen Aussage. Von daher rege ich an, dass unter II. National „Die Regeln der Wirtschaft werden so geändert, dass nachhaltige Produkte preiswerter werden als nicht bzw. weniger nachhaltige Produkte“ ergänzt wird.

Auf Seite 230 wird darauf eingegangen, dass über „die sogenannten externen Kosten, die beispielsweise beim Abbau von fossilen Energieträgern und Rohstoffen entstehen, oder mögliche Umweltwirkungen global und sozialverträglich „einzupreisen“ sind“ ernsthaft diskutiert werden soll. Ich meine, die Diskussion ist zumindest in meinem Umfeld eindeutig: „Nachhaltige Produkte müssen preiswerter werden, als nicht oder weniger nachhaltige Produkte“. Mit ist nicht klar, was es da noch zu diskutieren gibt. Falls es ernsthafte Sachargumente dagegen gibt, bin ich an diesen Argumenten sehr interessiert. Zudem rege ich an, diese Argumente in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen, damit die an Nachhaltigkeit Interessierten sich damit offensiv auseinander setzen können.

2. Lobbyismus für natürliche Lebensgrundlagen und Tiere aufbauen

Zum Zeitpunkte der Veröffentlichung der Hausausweise für den Bundestag Ende November 2015 gab es mindestens 1.103 Lobbyisten in Berlin (siehe <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/lobbyliste>), die die Parlamentarier außerparlamentarisch zu den ihnen wichtigen Themen beraten bzw. versuchen zu beeinflussen. Diese Lobbyisten werden von Verbänden und Firmen bezahlt, um ihre eigenwohlorientierten materiellen Bedürfnisse möglichst umfassend durchsetzen zu können.

Dabei werden die sozialen Interessen der Menschen i.d.R. durch Sozialverbände, Stiftungen bzw. Kirchen vertreten. Diese finanzieren sich i.d.R. durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aus dem u.a. auch die Lobbyisten bezahlt werden. Die Interessen der Unternehmen werden von Stiftungen, Verbänden und Firmen vertreten, die die Bezahlung für die Lobbyisten i.d.R. durch kostenlose Nutzung von Wasser, Luft, Boden und/oder Tieren erwirtschaften.

Demgegenüber steht mit Artikel „20a Umweltschutz“ des Grundgesetzes die Verpflichtung unserer Parlamente, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere zu schützen. Die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere haben aus sich heraus kein Geld zur Verfügung, um ihre Interessen durch Lobbyisten außerparlamentarisch in Berlin vertreten zu lassen. Es gibt zwar NGO's (wie beispielsweise Greenpeace, WWF, ...), die diese Interessen vertreten; deren Finanzierung fußt i.d.R. auf Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Menschen, die über ihre eigenwohlorientierten materiellen Bedürfnisse hinaus unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen und die Tiere schützen wollen. Daher steht für dies Art der Beratung weniger Geld für die Bezahlung von Lobbyisten zur Verfügung.

Von daher gibt es ein extremes Ungleichgewicht bei der außerparlamentarischen Beratung der Parlamentarier. Dies ist m.E. ein wesentlicher Grund, warum aktuell zwar viel über Nachhaltigkeit gesprochen, aber grundlegende Regeln zur Förderung der Nachhaltigkeit nicht oder kaum umgesetzt werden. Von daher rege ich an, folgenden Ansatz in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen:

NachhaltigkeitsstrategieStellungnahmeRolfWeber		Seite 1 von 3
Zuletzt gespeichert am:	27.07.2016	von: RolfWeber_HP

Die Finanzierung von Lobbyisten, die die Interessen unserer natürlichen Lebensgrundlage und der Tiere vertreten, muss in gleicher Höhe wie die Finanzierung von Lobbyisten, die die Interessen von Menschen und Unternehmen vertreten, gewährleistet werden.

3. Schleichende Entmachtung der Parlamente beenden

Die bisherige Nachhaltigkeitsdiskussion zeigt, dass unsere Gesellschaft vor existentiellen Herausforderungen steht. Warum wurde nicht früher vorbeugend agiert, um die Dimension der Herausforderungen möglichst klein zu halten? Hier sind wir beim Zustand unserer Demokratie. Die Politik sollte selbst bei sich anfangen und kritisch hinterfragen, wie und unter welchen Einflüssen die Entwicklung von Gesetzen stattfindet. Als wichtigen Teilbereich sehe ich dabei das Thema Lobbyismus. Einen Teilaspekt des Lobbyismus habe ich unter 2. dargestellt. Weitere Aspekte sind die Aufmerksamkeit der Parlamentarier, die Lobbyisten durch Spenden an die Parteien zuteilwird, Seitenwechsel zwischen Parlament und Lobbyisten, ...; siehe auch <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport-2015.pdf>. Nicht zuletzt ist die Erpressbarkeit der Parlamente durch große Unternehmen zu nennen, die mit Abwanderung und der damit verbundenen Abnahme von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen drohen, um ihre eigenwohlorientierten materiellen Bedürfnisse durchzusetzen.

Als Ergebnisse bleibt festzuhalten, dass mit jeder dieser Aktionen die Macht der Parlamente abnimmt und die Durchsetzung von gemeinwohlorientierten Regeln und damit von Nachhaltigkeit ebenso abnimmt.

Konkrete Beispiele für diese Entwicklung sind:

- Finanzkrise 2008: Die Gesetze zur Beseitigung der Ursachen der Finanzkrise haben die verursachenden großen Finanzinstitute eher gestärkt. Die Ursache „too big – to fail“ wurde nicht beseitigt.
- Prüfverfahren für Autoabgase unzureichend. → Menschen sterben aufgrund erhöhter Stickstoffoxyd-Werte.
- Ampel für Lebensmittel wurde nicht umgesetzt. Wer seine Lebensmittel an der Gesundheit der Bürger ausrichtet verkauft nicht so gut, wie derjenige, der Zucker ohne Ende verkauft. → Die Transparenz ist verhindert worden. → Die Gesundheit der Bürger leidet.
- Drei Ratingagenturen, Moody's, Fitch Ratings und Standard and Poor's haben momentan das Alleinmonopol zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Staaten. → Die Privatwirtschaft kann Staaten zu Fall bringen.
- Der Zubau von erneuerbaren Energien wird mit dem erneuerbaren Energiegesetz 2017 gedrosselt, obwohl wir diese gerade für den Klimaschutz dringend benötigen.

Weitere Beispiele und Zusammenhänge finden sich in dem Buch „Kapital Macht Politik“ von Harald Trabold.

Aus diesen Erkenntnissen heraus rege ich an, folgende Formulierung in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen:

Das Parlament erkennt an, dass im Laufe der Jahrzehnte seine Macht immer weiter eingegrenzt wurde. Es sollen die Strukturen, die dazu geführt haben, ermittelt werden. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen sind die Strukturen schrittweise so zu ändern, dass die Macht der Parlamente, Regelungen im Sinne der Nachhaltigkeit durchzusetzen, sukzessive erhöht wird.

4. Weitere Anregungen

SDG 13, Seite 53, neuen Indikatorenbereich aufnehmen:

„**Klimafolgenaufwand**“: Aufwände aufgrund extremer Wetterereignisse sowie Aufwände für die Klimafolgenanpassungsmaßnahmen

Alle Aufwände erfassen zu wollen ist zu aufwendig und nicht leistbar. Es gibt allerdings einige Mindest-Aufwände, die relativ einfach ermittelt werden könnten:

- Sachversicherung: Jährlicher Schadenaufwand durch Sturm, Hagel und Elementarereignisse siehe <http://www.gdv.de/wp-content/uploads/2015/11/GDV-Naturgefahrenreport-2015-Unwetterbilanz-Versicherer-OnlineServiceteil-n.pdf>, Seite 5 Mitte
- Einsatzstunden THW, siehe <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/monitoringbericht-2015>, Seite 222 „BS-I-1: Einsatzstunden bei wetter- und witterungsbedingten Schadenereignissen“

Weitere Anregungen zu den Indikatoren siehe den 3. Klimafolgenaufwandsbericht der lokalen Agenda 21 der Stadt Wetter (Ruhr) unter <http://agenda21-wetter.de/wp->

NachhaltigkeitsstrategieStellungnahmeRolfWeber		Seite 2 von 3
Zuletzt gespeichert am:	27.07.2016	von: RolfWeber_HP

Stellungnahme zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

[content/uploads/2016/06/2016.05.16KFA_Wetter2015.pdf](#) Seite 11, 4.2 Mindestaufwände erheben und kommunizieren

Ich bin mit einer sinnerhaltenden Veröffentlichung meiner Stellungnahme einverstanden.

Rolf Weber
Gustav-Vorsteher-Str.20
58300 Wetter (Ruhr)

Sprecher der lokalen Agenda 21 der Stadt Wetter (Ruhr), www.agenda21-wetter.de
Vorsitzender Bürger-Energie-Genossenschaft, www.beg-58.de
Kordinator der Regionalgruppe Ennepe, Ruhr und Wupper der Gemeinwohlökonomie,
<https://www.ecogood.org>

NachhaltigkeitsstrategieStellungnahmeRolfWeber		Seite 3 von 3
Zuletzt gespeichert am:	27.07.2016	von: RolfWeber_HP